

A1 GSP-02 Präambel: Gemeinschaftliche Grundhaltung zur Welt statt geteilte Grundhaltung, Zeile 5

Antragsteller*in: Claudia Weber (KV Mittelsachsen)

Antragstext

- 1 Betrifft GSP-02 Präambel, Zeile 5
- 2 Ich beantrage folgenden Text zu ändern:
- 3 "Als Partei eint uns das Wertefundament dieses Grundsatzprogramms, eine geteilte
- 4 Grundhaltung zu der Welt, wie sie ist und wie sie sein könnte."
- 5 Änderung: geteilte zu gemeinschaftliche
- 6 "Als Partei eint uns das Wertefundament dieses Grundsatzprogramms, eine
- 7 gemeinschaftliche Grundhaltung zu der Welt, wie sie ist und wie sie sein
- 8 könnte."

Begründung

Das Wort "geteilt" kann schnell missverstanden werden im Sinne von getrennt ("eine geteilte Meinung zu etwas haben"). Das Wort "gemeinschaftlich" schließt dieses eventuelle Missverständnis aus.

A2 GSP-03 Grundwerte, die Werte, die uns einen: Frauenrechte "sollen" zu "müssen", Zeile 227

Antragsteller*in: Claudia Weber (KV Mittelsachsen)

Antragstext

9 Betrifft GSP-03, Zeile 227

10 "Die Verwirklichung von Frauenrechten, der Schutz vor geschlechtsspezifischer
11 Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive Mädchen- und Frauenförderung in
12 allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten."

13 Änderung von "sollen" zu "müssen"

14 "Die Verwirklichung von Frauenrechten, der Schutz vor geschlechtsspezifischer
15 Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive Mädchen- und Frauenförderung in
16 allen Bereichen müssen die internationale Politik leiten."

Begründung

"müssen" verstärkt die Dringlichkeit und die Handlungsnotwendigkeit

A3 GSP-04 Lebensgrundlagen schützen: Breitbandanschluss als Daseinsvorsorge, Zeile 150

Antragsteller*in: Claudia Weber (KV Mittelsachsen)

Antragstext

17 Betrifft GSP-04, Zeile 150

18 "Im Zuge der ökologischen Modernisierung muss sichergestellt werden, dass alle
19 Menschen Zugang zu essenziellen Gütern der Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom,
20 Mobilität und gesunder Ernährung haben."

21 Hinzufügen von "Breitbandanschluss" und Änderung der Reihenfolge

22 "Im Zuge der ökologischen Modernisierung muss sichergestellt werden, dass alle
23 Menschen Zugang zu essenziellen Gütern der Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom,
24 gesunder Ernährung, Mobilität und Breitbandanschluss haben."

Begründung

gesunde Ernährung wird aufgewertet, wenn es weiter vorn steht; Breitbandanschluss sollte mitgenannt werden, da er jetzt schon für vollwertige Teilhabe notwendig ist und es in Zukunft noch wichtiger sein wird

A4 GSP-05 In die Zukunft wirtschaften: Antrag von Hannah Heller zu Grund und Boden unterstützen bzw. ersetzen

Antragsteller*in: Claudia Weber (KV Mittelsachsen)

Antragstext

25 Ich beantrage, die angelegte Rückmeldung von Hannah Heller unter nachstehendem
26 Link als KV-Rückmeldung im gleichen Wortlaut einzubringen, sollte der Antrag von
27 Hannah Heller bis 31. Juli nicht die notwendigen 50 Unterstützer finden.

28 Link zur Rückmeldung:

29 [https://beteiligung.gruene.de/3gsp/Kapitel_2_In_die_Zukunft_wirtschaften-
30 55718/1053](https://beteiligung.gruene.de/3gsp/Kapitel_2_In_die_Zukunft_wirtschaften-55718/1053)

A5 GSP-05 In die Zukunft wirtschaften: öffentliche Haushalte "sollten" zu "müssen", Zeile 195

Antragsteller*in: Claudia Weber (KV Mittelsachsen)

Antragstext

31 Betrifft GSP-05, Zeile 195

32 "Die öffentlichen Haushalte sollten in einer Demokratie klar, transparent
33 und nachvollziehbar sein."

34 Änderung von "sollten" zu "müssen"

35 "Die öffentlichen Haushalte müssen in einer Demokratie klar, transparent
36 und nachvollziehbar sein."

Begründung

In einer Demokratie muss der Haushalt klar, transparent und nachvollziehbar sein, das darf keine freiwillige Option sein.

A6 GSP-07 Zusammen leben: Antrag von Bernd Weber: Nicht nur Stadt, sondern auch Dörfer, Zeile 97

Antragsteller*in: Claudia Weber (KV Mittelsachsen)

Antragstext

37 GSP-07, Zeile 97

38 "Unser Leitbild ist das einer lebendigen, durchmischten und offenen Stadt der
39 kurzen
40 Wege:"

41 Änderung unter Berücksichtigung von Dörfern: Übernahme des Textes aus folgendem
42 Antrag: https://beteiligung.gruene.de/3gsp/Kapitel_4_Zusammen_leben-8782/1572

43 "Unser Leitbild sind lebendige, durchmischte und offene Städte und Gemeinden der
44 kurzen Wege:"

45 Rückmeldung durch den KV, falls der Antrag von Bernd Weber nicht die notwendigen
46 Unterstützer findet.

Begründung

Wie es der Satz "Unser Leitbild ist das einer lebendigen, durchmischten und offenen Stadt der kurzen Wege:" ohne Berücksichtigung von Dörfern in das GSP schaffen konnte, erstaunt mich. Selbstverständlich müssen hier auch die Dörfer rein.

Antragstext

47 GSP-07, Zeile 342

48 "(215) Die Versorgung mit Hebammen und Geburtshelfern, Geburtshäusern und
49 Kreißsälen muss in ländlichen Regionen genauso gesichert sein wie in Städten.
50 Die reproduktive Selbstbestimmung muss gewährleistet sein, das bedeutet den
51 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln und die Sicherstellung von ärztlich
52 vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen. Das ist ein wichtiger Teil der
53 Gesundheitsversorgung und Selbstbestimmung von Frauen."

54 Absatz 215 ergänzen:

55 Die Selbstbestimmung gilt auch und insbesondere vor, während und nach einer
56 Geburt. Eine selbstbestimmte und würdevolle Geburt ist ein Menschenrecht. Dafür
57 setzen wir uns ein und fördern die Verbreitung von Informationen zum
58 Geburtsvorgang und Interventionstechniken. Bei Inanspruchnahme einer Doula muss
59 die Krankenkasse zahlen. Wir kämpfen entschieden gegen Gewalt in der Geburt.

Begründung

Selbststimmung unter der Geburt und gewaltfreie Geburt kommt bis jetzt nirgendwo im Text vor, obwohl circa 780.000 Kinder jährlich (Daten von 2019) in Deutschland geboren werden.

https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/134588/WHO_RHR_14.23_eng.pdf - Auszug: "While many governments, professional societies, researchers, international organizations, civil society groups and communities worldwide have already highlighted the need to address this problem (11-14) in many instances policies to promote respectful maternal care have not been adopted, are not specific, or have not yet been translated into meaningful action."

A8 Frieden (47)

Antragsteller*in: Friedemann Lemke

Antragstext

60 Ergänzen:

61 Friedenspolitik muss immer gewaltfreie Konfliktbewältigung zum Ziel haben. D.h.,
62 Investitionen sollten statt in militärische Vorhaben in Friedensforschung und
63 zivile Konfliktlösung und-prävention erfolgen.

Begründung

Das Thema gewaltfreie Konfliktlösung ist für die Erlangung von dauerhaftem Frieden unabdingbar.

A9 Frieden (48)

Antragsteller*in: Friedemann Lemke

Antragstext

64 Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Ver-
65 wirklichung von Frauenrechten, der Schutz vor
66 geschlechtsspezifischer Verfolgung und Dis-
67 kriminierung sowie eine aktive Mädchen- und
68 Frauenförderung in allen Bereichen sollen die
69 internationale Politik leiten.

70 diesen Text in der Abschnitt "Feminismus und Geschlechtergleichstellung"
71 verschieben und ersetzen durch:

72 Der Einfluss von Frauen für friedensstiftende Maßnahmen ist auf allen Ebenen von
73 großer Bedeutung und sollte daher Berücksichtigung und Förderung erfahren.

Begründung

Frauenrechte sind wichtig, aber der Zusammenhang zum Thema "Frieden" fehlt hier.

A10 Umwelt und Landwirtschaft (69)

Antragsteller*in: Friedemann Lemke

Antragstext

- 74 Die Sicherheit der Lebensmittelversorgung ist
75 ein hohes Gut.
- 76 Ergänzen:
- 77 ...dafür ist es notwendig, das Recht auf Saatgut und die Stärkung von dessen
78 Vielfalt zu gewährleisten und zu fördern.
- 79 Im nächsten Satz dann "diese" durch "Lebensmittelsicherheit" ersetzen

Begründung

Lebensmittelsicherheit beginnt mit dem Saatgut. Leider werden hier, wie auch mit chemischen Hilfsmitteln in der Landwirtschaft immer mehr Abhängigkeiten geschaffen. Dies gilt es zu verhindern.

A11 Streichung GSP-08, Zeile 223: Strafrecht

Antragsteller*in: Sebastian Walter (KV Mittelsachsen)

Antragstext

80 Streiche GSP-08, Zeile 223:

81 "Deswegen ist das Strafrecht zu entrümpeln, indem Bagatelldelicten wie

82 Schwarzfahren entkriminalisiert werden."

Begründung

Diese Bewertung sollte ersatzlos gestrichen werden, da das Strafrecht fallbezogen überarbeitet werden muss. Eine globale Aussage zur Entrümpelung des Strafrechts ist dahingehend eher ungeeignet.